

Analyse

Polnischer Frust

Warum das Holocaust-Gesetz die Gefühlslage vieler Bürger trifft

Wieder hat Polen weltweit eine katastrophale Presse - wegen des "Holocaust-Gesetzes" der nationalkonservativen Regierung. Es verbietet nicht nur, die deutschen Vernichtungslager auf polnischem Boden als "polnische" Lager zu bezeichnen, sondern es soll auch Äußerungen unterbinden, die Polen eine Mitverantwortung an Naziverbrechen zuschreiben – und da wird es problematisch. Es gab durchaus Polen, die jüdische Nachbarn an die Gestapo verraten haben oder die Pogrome veranstaltet haben wie in Jedwabne 1941, wo sie rund 350 Juden ermordeten. Aber Polen haben auch unzählige Juden gerettet, keine Nation stellt mehr "Gerechte unter den Völkern" in Yad Vashem als die Polen.

Jarosław Kaczyński, der Chef der rechten Partei PiS, ist kein Antisemit, aber ein glühender Nationalist. Er beteuert, ihm gehe es mit dem neuen Gesetz nicht darum, die Vergehen polnischer Täter zu leugnen, sondern darum, den Ruf Polens als

Nation "zu retten". Das ist typisch für die Nationalisten: Sie fühlen sich den lebenden und den toten Polen in einer Schicksalsgemeinschaft verbunden. Dass es darunter auch Täter gab, stört diese Identifikation und ist für sie schwer erträglich. Verständlich ist auch, dass Polen sich über den Begriff "polnische Todeslager" ärgern, den auch Barack Obama schon achtlos verwendet hat. Viele Bürger schließen daraus, die Welt glaube tatsächlich an eine polnische Mitschuld, wo die Mehrzahl der Polen doch unter den Deutschen gelitten hat. Verbreitet ist das Gefühl, die Welt wisse nicht, was das Land im Lauf der Geschichte durchgemacht habe, und schätze es nicht so, wie es das verdient hätte. Mit dem neuen Gesetz will Kaczyński seine Landsleute erlösen - doch Geschichtsbilder formen sich nur in freier Debatte, nicht unter Androhung von Strafe. International hat die Regierung das Gegenteil dessen bewirkt, was sie erreichen wollte.